

Verband berufstätiger Mütter e. V.
Rathenauplatz 33
50674 Köln

Betreuung&Bildung in Kita (U3/Ü3)

1. Welche Qualitätsanforderungen (Ort und Räumlichkeiten, Ausstattung, Ausbildung und Bezahlung der pädagogischen Kräfte, Personalschlüssel, Gesundheit – Ernährung und Sport, kulturelle Angebote, externe Lernorte, Erziehungspartnerschaften, Kommunikation und Transparenz) haben Sie an den Ausbau und den Erhalt der U3- und Ü3-Betreuung für Kinder?

Die räumliche Gestaltung und Ausstattung von Kindertagesstätten, die personelle Ausstattung und der Personalschlüssel müssen wissenschaftlich nachgewiesenen Erfordernissen genügen. Sie dürfen keinesfalls der Kassenlage eines Landes oder einer Kommune folgen. Wir fordern an zentraler Stelle in unserem Programm die deutliche Erhöhung der Ausgaben für die Bildung. Aktuell liegt Deutschland hier erheblich unter dem OECD-Durchschnitt vergleichbarer Staaten. Wir fordern die Erhöhung der Bildungsfinanzierung auf mindestens OECD-Durchschnitt.

Aufklärende und vorsorgende Inhalte wie Gesundheits- und Ernährungsaufklärung gehören nach unserem Verständnis in die für Konzepte von Bildungsträgern zu berücksichtigten Curricula. Sport und Kultur müssen begleitend angeboten werden.

Wir treten ein für ein erweitertes Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht für Eltern / Erziehungsberechtigte und für transparente Verwaltung und aktive Elterninformation in den Einrichtungen, bei den Trägern und bei den Jugendämtern.

2. Wie, mit welchen Mitteln und in welchen Schritten werden Sie diese Qualitätsanforderungen umsetzen?

Wir wollen erreichen, dass die einschlägigen Curricula (beispielsweise DJI-Curriculum) obligatorische Bestandteile von Konzepten werden und dass die Einhaltung der Konzepte durch die Jugendämter überwacht wird. Die Anwendung vergleichbarer Curricula wollen wir auch für die Kindertagespflege. Langfristig wollen wir die dauerhafte wissenschaftlich begleitete Evaluation und Fortentwicklung der Curricula. Hierzu sind Mittel zu schaffen, die beispielsweise bereitgestellt werden können, wenn die Bildungsfinanzierung in Deutschland auf mindestens OECD-Durchschnitt angehoben wird.

3. Wie gewährleisten Sie, dass der Ausbau von U3 nicht zu Lasten von Ü3 erfolgt?

Die leider mancherorts bei U3-Erweiterungen oder -Umwidmungen aufgetretenen Probleme in der Ü3-Versorgung halten wir für unzumutbar. Hier müssen die Jugendämter ihre Bedarfsplanungen sorgfältiger vornehmen. Hierzu haben Piraten mögliche Verbesserungen entwickelt. Insgesamt hoffen wir, dass diese Vorkommnisse der Einführung des Rechtsanspruchs auf U3-Betreuung geschuldet sind und zukünftig nicht mehr eintreten.

4. Welche Anforderungen in den Ausbau bezüglich Quantität verfolgen Sie, sei es hinsichtlich Platzschaffung an und für sich und sei es bezüglich Ausdehnung und Flexibilisierung der Öffnungszeiten?

Die Piratenpartei will gebührenfreie, flexible, bei Bedarf ganztägig (das heißt auch über Nacht) und gut erreichbare Angebote in Krippen, Kindergärten und bei Tageseltern. Da es nach unserem Willen hierauf einen Rechtsanspruch ab Geburt geben soll, geht damit die Erfordernis eines weiteren deutlichen Ausbaus einher.

Betreuung&Bildung in Schulen

5. Wie stehen Sie zum Rechtsanspruch für Kinderbetreuung von 0 bis mindestens 14 Jahren?

Positiv. Wir setzen uns für einen Rechtsanspruch auf eine Kinderbetreuung ab Geburt ein. In der frühkindlichen Bildung fordern wir gebührenfreie, flexible, bei Bedarf ganztägig und gut erreichbare Angebote in Krippen, Kindergärten und bei Tageseltern. Dabei wollen wir einen Fokus auf die Betreuungsqualität sowie auf die Öffnungszeiten legen - zum Beispiel sollte Kinderbetreuung auch über Nacht möglich sein. Im Primarbereich setzen wir uns für kostenfreie Ganztagsangebote ein. Zur Ganztagsbetreuung im Sekundarbereich entwickeln wir aktuell eine Position.

6. Wie gewährleisten Sie die Umsetzung des Mottos „kein Kind bleibt zurück“?

Im europäischen Vergleich fällt Deutschland durch eine besonders hohe soziale Selektion im Bildungssystem auf. Durch die frühe Aufteilung in verschiedene Schultypen ist der Bildungserfolg besonders von den finanziellen Mitteln und dem Bildungshintergrund des Elternhauses abhängig. Daher unterstützt die Piratenpartei das lange gemeinsame Lernen unterschiedlicher Schüler in Schulen mit Binnendifferenzierung. Lehrkräfte müssen für unbewusste Selektionsmechanismen und ihre Auswirkungen sensibilisiert werden, um ihnen entgegenwirken zu können. Individuelle Schullaufbahnen, ein flexibles Kurssystem und der Einsatz von Mentoren machen das Wiederholen eines ganzen Schuljahres überflüssig.

Mehrsprachigkeit wollen wir als Chance begreifen und fördern. Eine zweisprachige Sozialisation wird in Deutschland nur bei populären Sprachen geschätzt. Die Piratenpartei sieht in der Mehrsprachigkeit auch bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein Qualifikationsmerkmal. Die Muttersprache beim Erlernen weiterer Sprachen einzubeziehen ist wichtig, um in diesen Sprachen einen sicheren Stand zu erwerben. Dafür müssen die vorhandenen pädagogischen Erkenntnisse aus bilingualen Unterricht, z. B. an Europaschulen, für alle Schulen verfügbar gemacht werden.

7. Welche Veränderungen im Schulsystem streben Sie an, damit die Hausaufgaben- und Nachhilfesituation nicht den Eltern zukommt?

Wir wollen eine Erweiterung der Ganztagsangebote mit Begleitung durch Lehrkräfte und MentorInnen.

8. Unterstützen Sie unsere Forderung zum flächendeckenden Ausbau der gebundenen, rhythmisierten Ganztagsschule? In welchen Schritten gedenken Sie, dieses Modell zu realisieren?

Hierzu entwickeln wir aktuell eine Position. Aktuell kann diese Frage leider nicht belastbar beantwortet werden.

9. Erläutern Sie den Mehrwert des Bildungsföderalismus für Kinder, Jugendliche, Eltern, Familien, Arbeitgeber und die Gesellschaft. Wie wird Ihre Partei die Verlässlichkeit und Durchlässigkeit von allen Schulformen zwischen diesen und zwischen den Bundesländern garantieren?

Einen Mehrwert des Bildungsföderalismus erkennen wir darin, dass es weniger zum Tauziehen und politischem Kuhhandel um die Bildung zwischen Bund und Ländern kommt. Zudem gibt es mehr Bildungskontinuität, da die politischen Machtverhältnisse in einzelnen Ländern stabiler sind als im Bund. Theoretisch spricht auch dafür, dass "best practice" praktiziert werden kann - dies funktioniert in der Praxis allerdings kaum, da es bei Schulsystemen stark um Parteiideologie geht.

Mit dem Bildungsföderalismus gehen allerdings signifikante Schwierigkeiten einher, etwa bei einem Umzug mit Schulwechsel. Das von uns favorisierte flexible Kurssystem mit unterstützendem individuellem Mentoring würde diese Umzugsschwierigkeiten deutlich abschwächen, da Kinder nicht mehr in allen Fächern auf demselben Stand sein müssen.

Der Bildungsföderalismus geht in seiner jetzigen Ausgestaltung außerdem mit großen Finanzierungsproblemen einher. Die Piratenpartei setzt sich daher für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes ein. Der Bund muss öffentliche Bildungseinrichtungen finanzieren dürfen.

Familie&Rollenbilder

10. Welche Definition von Familie legt Ihre Partei zugrunde?

Familie ist jede Gemeinschaft, in der Menschen für einander sorgen, unabhängig von ihren Geschlechtern.

Die Piratenpartei steht für eine zeitgemäße und gerechte Familienpolitik, die auf dem Prinzip der freien Selbstbestimmung über Angelegenheiten des persönlichen Lebens beruht. Wir wollen, dass Politik der existierenden Vielfalt gerecht wird. Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, die einseitige Bevorzugung traditioneller Rollen-, Familien- und Arbeitsmodelle zu überwinden. Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder Menschen gepflegt werden, verdienen einen besonderen Schutz und Unterstützung durch den Staat und die Gesellschaft.

11. Welche Bedeutung hat Familienfreundlichkeit für Sie und wie sieht eine familienfreundliche Gesellschaft Ihrer Meinung nach aus?

Vielleicht lässt sich unser Verständnis von Familienfreundlichkeit am besten beschreiben, indem wir erst einmal erklären, was wir (im Gegensatz zu anderen Parteien) damit **nicht** meinen. Wir meinen nicht Freundlichkeit nur gegenüber ganz bestimmten Familien (nämlich solchen, die dem traditionellen Familienbild entsprechen). Wir meinen auch nicht, dass bloß wieder mehr Kinder geboren werden sollen, um die sich dann schon die Mütter zu Lasten ihrer eigenen Entwicklung kümmern werden. Eine familienfreundliche Gesellschaft zeichnet sich für uns stattdessen dadurch aus, dass wir Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, dabei unterstützen, dies zu tun – und zwar so, wie sie selbst das für richtig halten. Familie findet außerdem nicht nur zu bestimmten Uhrzeiten an bestimmten Orten statt und Familienpolitik kann deshalb nicht abgekoppelt von anderen Politikbereichen gemacht werden. In einer familienfreundlichen Gesellschaft muss stattdessen z.B. die Arbeitswelt darauf Rücksicht nehmen, dass Arbeitnehmende auch Eltern sind. Die Zeiten, in denen Väter Vollzeit arbeiteten, während Mütter ihnen (auch bezüglich der Kinder) den Rücken freihalten mussten und selbst nicht berufstätig sein konnten, sind vorbei - und das begrüßen wir. Darauf müssen Arbeitswelt, Schulen und Kitas u.a. sich einstellen.

12. Inwiefern verfolgt Ihre Partei, mehr männliche Mitarbeiter für die Grundschulen zu gewinnen? Mit welchen Maßnahmen gedenken Sie, dieses Ziel umzusetzen?

Wir wollen - beginnend bei Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen - erreichen, dass sich mehr Männer beruflich in Bildung und Betreuung engagieren. Dies kann in erster Linie befördert werden durch die Schaffung besserer Anerkennung der Leistungen des erziehenden und des lehrenden Personals. Dies ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Weiterhin sehen wir eine bessere und leistungsgerechtere Bezahlung der erziehenden und lehrenden Berufe als einen Schlüssel für mehr männliche Erzieher und Lehrer. Diese - auch aus anderen Gründen nötige - bessere Bezahlung käme dann allen unabhängig von ihrem Geschlecht zugute.

Auch über eine Imagekampagne für mehr Männer in Grundschulen könnte man nachdenken, das Land Hamburg hat hiermit etwa beim Gewinnen von Männern für Kitas positive Erfahrungen gemacht.

13. Wie gedenken Sie, haushaltsnahe Dienstleistungen allen Familien zugänglich zu machen?

Hier haben wir noch keinen Plan, schreiben uns das Thema aber auf unsere politische To-Do-Liste.

14. Mit welchen Instrumenten gedenken Sie, Chancengerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit in Beruf und Familie herzustellen?

Chancengleichheit im Beruf beginnt mit der Bewerbung, die wir anonymisieren wollen, sodass Punkte wie Alter oder Geschlecht eine geringere Rolle spielen. Weitere konkrete Instrumente benennen wir weiter unten. Durch die Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens kommt es zu einer finanziellen Unabhängigkeit der familiären Partner untereinander, was zur Geschlechtergerechtigkeit beiträgt. Wir benennen in unseren Antworten auf andere Fragen Ihrer Wahlprüfsteine mehrere weitere Instrumente, die wir an dieser Stelle nicht wiederholen wollen.

15. Wie und auf welchen Ebenen setzen Sie sich dafür ein, dass Einzelne und vor allem die Familien mehr Zeit für sich und füreinander haben?

Wir fordern eine wohnort- oder arbeitsplatznahe Betreuung der Kinder, sodass lange Wege minimiert werden, was zu Zeitersparnis führt. Weiterhin sind wir Verfechter eines Bedingungslosen Grundeinkommens, was ebenfalls mehr Zeit für sich selbst und die Familie ermöglicht, ohne finanzielle Verluste erwarten zu müssen. Wir wollen weg von einer Präsenzkultur am Arbeitsplatz (mehr dazu weiter unten) und setzen uns für mehr Arbeitsplätze in Teilzeit ein (auch dazu finden Sie weiter unten Konkretes).

16. Welche Handlungsempfehlungen aus dem 1. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung werden Sie sofort umsetzen und mit welcher Priorisierung?

Bei einem Einzug in den Bundestag wären wir wahrscheinlich die kleinste Oppositionspartei. In dieser Rolle könnten wir wohl wenige der Empfehlungen "sofort umsetzen". Wir würden aber selbstverständlich Initiativen selbst initiieren und Initiativen anderer Parteien mittragen, die geeignet sind, unsere Wahlprogrammforderung "gleiche Bezahlung, gleiche Chancen und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten unabhängig vom Geschlecht" umzusetzen. Dabei liegen uns besonders folgende Handlungsempfehlungen des 1. Gleichstellungsberichts am Herzen:

Wir finden es wichtig, Fehlanreize abzubauen. Deshalb wollen wir nicht nur das Ehegattensplitting zugunsten einer Individualbesteuerung, sondern auch das Betreuungsgeld abschaffen. Fehlanreize gibt es aber auch für Unternehmen, hier nennt der Bericht die auch von uns kritisierten Aufteilung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Minijobs. Den Vorschlag, "das BAföG und das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) (...) zu einem Rahmen für lebenslanges Lernen zu entwickeln", haben wir mit unserem Konzept eines Bildungsgrundeinkommens bereits umgesetzt. Dieses Konzept würden wir im Bundestag umzusetzen versuchen. Das Bildungsgrundeinkommen kann auch bei einem Wiedereinstieg nach Auszeit zur Kindererziehung oder Pflege helfen, wenn das eigene Fach sich in der Zwischenzeit weiterbewegt hat und Kompetenzen schnell und unbürokratisch aufgefrischt werden müssen. Auch der im Bericht genannte erforderliche Ausbau der Kinderbetreuung hat für uns besonders hohe Priorität.

Arbeitswelt&Karriere

17. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass die Arbeitswelt sich von einer Anwesenheitskultur hin zu einer Ergebniskultur entwickelt?

Auch wir machen uns für einen Wandel der Arbeitswelt stark: Weg von einer Kultur der ständigen Verfügbarkeit, hin zu kreativen Lösungen wie der zeitlichen und inhaltlichen Aufteilung von Arbeitsplätzen, flexiblen Vertretungslösungen und Arbeits- und Erreichbarkeitsregelungen, die keine ständige Präsenz am Arbeitsplatz verlangen. Nicht zuletzt muss das innovative Potenzial der Digitalen Revolution auch für familienfreundliche Arbeitsmodelle ausgeschöpft werden. Wichtig ist dabei eine gerechte Entlohnung. In unserer eigenen Partei leben wir den Wechsel von Anwesenheits- zu Ergebniskultur bereits sehr erfolgreich und stehen deshalb voll dahinter.

Die moderne Arbeitswelt fordert vom Arbeitnehmer ein hohes Maß an Flexibilität. Im Gegenzug fordert die Piratenpartei auch vom Arbeitgeber Flexibilität. Daher sollen Arbeitnehmende, sofern die Tätigkeit es erlaubt, auf eigenen Wunsch ihre Arbeitsleistung von zu Hause aus erbringen können. Die ArbeitgeberInnen haben für die notwendige technische Infrastruktur zu sorgen. Ein Telearbeitsplatz mit der notwendigen Ausstattung soll nur bei dauerhafter Nutzung vorgeschrieben sein, damit eine gelegentliche Inanspruchnahme von Telearbeit, z. B. bei Erkrankung eines Kindes, unbürokratisch möglich ist. Gelegentliche Heimarbeit dürfen die Arbeitnehmenden kurzfristig und formlos anzeigen.

Gleichzeitig darf Heimarbeit nicht zur Überwachung, zu einer Ausweitung der Arbeitszeit oder dem Unterlaufen der Arbeitsschutzvorschriften führen. Zur Vermeidung von leistungsbedingten Erkrankungen wie Burnout ist auch ein informeller Druck zur fortwährenden dauernden Erreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeit nicht zulässig.

18. Mit welchen Anreizen unterstützen Sie Karrierewege in Teilzeit?

Kürzere Arbeitszeiten erleichtern es, Arbeits- und Familienleben in Einklang zu bringen. Dafür wollen wir darauf hinwirken, dass hinreichend viele Arbeitsplätze eine Teilzeitarbeit oder eine "kurze Vollzeit" von 30 bis 35 Stunden pro Woche ermöglichen – auch in Branchen mit hohem Lohnniveau, in Führungspositionen und bei Ausbildungsplätzen. Der öffentliche Sektor und die Politik sollen hier mit gutem Beispiel vorangehen. Verkürzte Arbeitszeit darf nicht mit fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten bestraft werden. Die Beschäftigten sollen bei der Ausgestaltung von Teilzeitarbeit und "kurzer Vollzeit" möglichst viele Mitspracherechte haben.

Die Piratenpartei setzt sich für den gesetzlichen Anspruch ein, von einer Teilzeitstelle zur Kindererziehung oder Pflege wieder auf eine Vollzeitstelle zurückzukehren.

Um den Wiedereinstieg ins Berufsleben nach der Elternzeit zu erleichtern, muss eine Teilzeitarbeit auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, der Zuverdienst darf nicht finanziell bestraft werden.

Wir schlagen weiterhin vor, dass bei der Besetzung von Stellen in bundeseigenen öffentlichen Verwaltungen und Betrieben alleinerziehende Elternteile mit Kindern unterhalb des schulpflichtigen Alters bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt werden. Der Anspruch auf eine Teilzeitbeschäftigung ist dabei besonders zu berücksichtigen.

19. Wie stehen Sie konkret zur Frauenquote und warum?

Die Piratenpartei fordert gleiche Bezahlung, gleiche Chancen und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten unabhängig vom Geschlecht. Wir sind uns der strukturellen Diskriminierung und des Problems der Gläsernen Decke bewusst.

Zur Frage nach einer möglichen Frauenquote gibt es – entgegen der verbreiteten Fehldarstellung, die Piratenpartei sei dagegen – noch keinen Beschluss. Wir sind eine basisdemokratische Partei und zu dem Thema gibt es noch hitzige Debatten. Es herrscht große Einigkeit, dass wir Barrieren (z.B. gläserne Decken; Stereotype; Frauen de facto benachteiligende Steuermaßnahmen etc.) abbauen und Diskriminierung verhindern wollen (z.B. durch anonyme Bewerbungsverfahren, ein starkes AGG etc.). Zum möglichen Instrument Frauenquote ist die Diskussion aber noch nicht abgeschlossen.

Die weiter unten genannten konkreten Maßnahmen, um einen Gender Pay Gap zu verringern, sind auch geeignet, Barrieren für Frauen auf dem Weg in Führungspositionen zu beseitigen. Außerdem muss der öffentliche Dienst endlich seine eigenen Vorgaben einhalten und für mehr Geschlechtergerechtigkeit etwa in öffentlichen Betrieben, Behörden und Gremien sorgen. Das Gremiengesetz der Bundesregierung wird häufig ignoriert, der Frauenanteil in Führungspositionen bei Betrieben mit staatlichen Eigentumsanteil ist marginal, auch in Behörden gibt es einen Gender Pay Gap. Überall da kann und muss die Regierung sofort und zuerst handeln - dazu sind nicht einmal neue Regelungen erforderlich.

Wir befürworten außerdem anonyme Bewerbungsverfahren, die wenigstens im ersten Schritt der Bewerbung Diskriminierung aufgrund des Geschlechts drastisch vermindern. Leider sind sie ausgerechnet bei Führungspositionen nur begrenzt geeignet, da die Lebensläufe von Führungskräften oft dennoch eine Identifikation ermöglichen und keine Führungskraft ohne mehrere persönliche Termine eingestellt wird.

Nicht zuletzt braucht es einen breiten gesellschaftlichen Wandel: Geschlechterstereotype müssen abgebaut werden. Eine langfristige Verbesserung wird es nur geben, wenn es auch einen gesellschaftlichen Wandel der Rollenbilder gibt.

20. Wie stehen Sie konkret zu der Forderung des Mindestlohns? Welche anderen Instrumente verfolgen Sie zur Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse?

Bis zur Festlegung durch eine Expertenkommission setzen sich die Piraten für einen bundesweiten und branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn ein. Für das Jahr 2013 ergeben sich aus unseren Berechnungen (die im Wahlprogramm [1] detailliert dargestellt sind) 9,02 € für unbefristete und 9,77 € für befristete Arbeitsverhältnisse.

Langfristig setzen wir auf ein bedingungsloses Grundeinkommen. Dieses wird die Abhängigkeit der Arbeitnehmenden von einer konkreten Beschäftigung verringern und so deren Verhandlungsposition stärken.

Zur Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse ist unser Wahlprogramm so ausführlich, dass wir hier kaum all unsere Positionen aufzählen können. Wir setzen uns für eine Begrenzung der Leiharbeit von maximal 6 Monaten und 10% bezogen auf die Stammbeslegschaft ein, gegen den Missbrauch von Berufspraktika und für eine umfassende Reform der Minijobs (z.B. Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro) ein. Die finanzielle Besserstellung gegenüber Festangestellten soll die berufliche Flexibilität vergelten und prekäre Beschäftigung für den Arbeitgeber wirtschaftlich unattraktiver machen. Wir wollen prekäres Unternehmertum bekämpfen, indem wir uns dagegen einsetzen, dass abhängig Beschäftigte als Subunternehmer ohne Sozialabgabepflicht beschäftigt werden und so das unternehmerische Risiko ausgelagert wird, ohne entsprechend honoriert zu werden. Leiharbeit soll begrenzt werden, hierzu planen wir verschiedene Maßnahmen, die Sie in unserem Wahlprogramm aufgezählt finden. Dort zählen wir außerdem geplante konkrete Maßnahmen für einige prekäre Berufsgruppen wie z.B. Honorarlehrkräfte oder Mitarbeitende in Jobcentern auf.

[1] <https://www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2013/06/PP-Bund-BTW13v1.pdf>

21. Welche Anstrengungen werden Sie unternehmen, um frauentypische Berufe – auch finanziell – aufzuwerten?

Viele der als frauentypisch bekannten Berufe liegen in ihrer Entlohnung unter den von uns benannten Mindestlohnforderungen. Im Übrigen verweisen wir auf unsere Aussagen zu prekären Arbeitsverhältnissen.

22. Wie tragen Sie dafür Sorge, dass Frauen und Männer für vergleichbare Arbeit gleich entlohnt werden?

Durch eine gesetzliche Regelung, die gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantiert. Verschiedene Kandidatinnen und Kandidaten der PIRATEN für den Bundestag haben sich bereits für ein **Entgeltgleichheitsgesetz** ausgesprochen und die generelle Forderung nach gleicher Bezahlung steht in unserem Wahlprogramm. Wir legen dabei Wert auf gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit, denn es kann nicht sein, dass ein männlicher Maschinenwärter mehr verdient als eine weibliche Kindergärtnerin. Die Piratenpartei steht außerdem für mehr Transparenz, denn oft kann schon Transparenz über Missstände dazu beitragen, diese Missstände zu verringern. Die Datenlage zur Entgeltungleichheit in Deutschland ist jedoch schlecht - hier wünschen wir Veränderungen und mehr Berichtspflichten durch Unternehmen.

Außerdem setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein, die indirekt zur Beseitigung des Gender Pay Gaps beitragen werden:

- * Einen Rechtsanspruch auf eine beitragsfreie, wohnort- oder arbeitsplatznahe, hochwertige Kinderbetreuung mit ausreichenden Betreuungszeiten ab der Geburt.
- * Einen Rechtsanspruch, von einer Teilzeitstelle wieder auf eine Vollzeitstelle zurückzukehren. Teilzeitarbeit muss außerdem auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, der Zuverdienst darf nicht finanziell bestraft werden.
- * Einen gesetzlichen Mindestlohn von € 9,02 bei regulären und € 9,77 bei befristeten Arbeitsverträge bis zur endgültigen Berechnung durch eine Expertenkommission bei jährlich neuer Berechnung.

- * Eine gesetzliche Regelung für den öffentlichen Dienst, die diesen verpflichtet, in Vorbildfunktion Teilzeitarbeit und "kurze Vollzeit" auch in der Ausbildung und in Führungspositionen anzubieten.
- * Abschaffung des Ehegattensplittings.

Recht&Steuern

23. Wie stehen Sie zum Ehegattensplitting? Welches Alternativmodell verfolgt Ihre Partei?

Das Ehegattensplitting lehnen wir als Relikt eines althergebrachten Familienbildes ab. Wir setzen uns stattdessen für eine Individualbesteuerung ein. Staatliche Unterstützung soll gezielt zu Familien fließen, in denen Kinder aufwachsen oder in denen gepflegt wird.

24. Wie stehen Sie zur kostenfreien Krankenkassen-Mitversicherung des Ehegattenpartners und welche Änderungen streben Sie hier an?

Hierzu haben wir noch keinen Beschluss. Zu unserer allgemeinen politischen Stoßrichtung passt es aber, die beitragsfreie Ehegattenmitversicherung durch eine eigene soziale Sicherung zu ersetzen. Dies ist auch die Meinung mehrerer unserer BundestagskandidatInnen, die wir anlässlich ihrer Frage spontan befragt haben.

25. Wie steht Ihre Partei zur Kindergrundsicherung?

Die Piratenpartei setzt sich auf Bundesebene für die Einführung eines Kindergrundeinkommens ein. Nach UNICEF-Angaben liegt der Anteil der Kinder, die in Deutschland unter Kinderarmut leiden, bei 8,8 %.

Die Grundeinkommenssätze für Kinder und Jugendliche können von denen für Erwachsene abweichen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Kinder nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu erwirtschaften. Insgesamt wollen wir eine deutliche Besserstellung der Familien, unabhängig vom Familienmodell. Kinderarmut schließt Kinder einkommensschwacher Eltern von gesellschaftlicher Teilhabe, insbesondere von vielen Bildungsangeboten aus. Auf diese Weise wird die Benachteiligung durch Herkunft von Beginn an verfestigt. Gleiche Bildungschancen für alle können mit einem Kindergrundeinkommen viel wirkungsvoller realisiert werden als beispielsweise mit bürokratieintensiven „Bildungspaketen“.

Familienpolitisch halten wir die Realisierung eines Kindergrundeinkommens für kurzfristig umsetzbar. Schon heute zahlt der Staat bereits etwa 400 Euro je Kind an direkten, monatlichen Transferleistungen für Familien. Durch die einkommensabhängige Verteilung werden diese Zahlungen jedoch unterschiedlich verteilt. Dies lehnen wir ab, weil dies unserem Verständnis von Chancengleichheit widerspricht. Jedes Kind hat einen Anspruch auf finanzielle Unterstützung durch den Staat.